



Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 31. Oktober 1878.

Nr. 510.

### Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate November und Dezember für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 35 Pf. Bestellungen nebst alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

### Deutschland.

\*\* Berlin, 30. Oktober. Die heutige "Prov. Corr." beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen Aufgaben des Reiches. Wem die Andeutungen des halbmässigen Organs zu unbestimmt vorkommen, der wird zu bedenken haben, daß dasselbe unmöglich Monate lang voraus das genaue Programm der Regierung zu entwickeln in der Lage sein kann. Wir stehen jetzt Ende Oktober und der Reichstag wird voraussichtlich erst im Februar zusammentreten. Vorher wird die Angabe der Einzelheiten des wirtschaftlichen Programms nicht erwartet werden können.

Am Freitag findet eine Plenarsitzung des Bundesrats statt, auf deren Tagesordnung u. A. auch der Entwurf einer Geschäftserordnung für die Reichsbeschwerdekommission steht.

Bekanntlich fanden vor längerer Zeit kommissarische Berathungen im landwirthschaftlichen Ministerium in Bezug auf die Rechte der Pfandbriefinhaber statt. Wie jetzt mitgetheilt wird, sind die Vorarbeiten für einen Reichsgesetzentwurf, welcher die Sicherstellung der Pfandbriefinhaber zum Gegenstande hat, im Reichsjustizamt zum Abschluß gelangt. Es sollen am 7. November im Reichsjustizamt auf Grund des ausgearbeiteten Entwurfs weitere Berathungen stattfinden, an welchen das landwirthschaftliche Ministerium, das Justizministerium, sowie Vertreter der nicht preußischen Hypothekenbanken (die preußischen Hypothekenbanken waren bereits bei den Berathungen im landwirthschaftlichen Ministerium betheiligt) teilnehmen werden.

Der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 30. April d. J., nach welcher mit dem 1. Januar 1879 ein neues Frachtbrief-Formular auf allen deutschen Eisenbahnen zur Anwendung kommen soll, ist bereits damals mit dem Bemerken gedacht worden, daß von dem gedachten Tage ab die alten Formulare nicht mehr gebraucht werden sollen. Es wird jetzt wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß durch diese Anordnung außer dem Formular selber und der damit zusammenhängenden Bestimmung wegen der Stelle, in welcher der Aufdruck der Firma des Absenders gestattet ist, Änderungen des Betriebsreglements nicht eingetreten sind und insbesondere die auf die Stempelung der Frachtbriefe bezügliche Bestimmung in Kraft geblieben ist.

Berlin, 30. Oktober. Zu dem Attentat auf den König von Spanien bemerkte die "Provinzial-Korrespondenz":

Die Entrüstung über diesen neuen Versuch des Fürstentodes, sowie die Theilnahme für den König Alphons giebt sich in allen Ländern Europas und namentlich auch in Deutschland überall in lebhaftester Weise fund. Unser Kaiser sowohl wie der Kronprinz haben dem König von Spanien den Ausdruck ihrer herzlichen Glückwünsche zu der Errettung aus Mörderhand sofort telegraphisch übermittelt. Besonders richtet sich das öffentliche Interesse auf die neuen Anzeichen des inneren Zusammensanges der revolutionären Sozialistenpartei Europas.

Italien erhält seine klerikale Centrumspartei! Der Papst, der so lange für die Katholiken Italiens die Parole ausgab, in den politischen Wahlen sich jeglicher Zurückhaltung zu befreistigen, hat die Taktik geändert und ist aus der Vertheidigungspolitik zum Angriff übergegangen.

Man telegraphiert dem "Berl. Tageblatt":

Der Papst überschritt den Rubikon, denn die Sacra Voenitaria beschloß, den Wahlkampf mit den Liberalen aufzunehmen. Die heutige "Unita cattolica" ist es, welche dieses neue politische Evangelium des Papstes verkündigt. Der Papst befiehlt nämlich Angestellts der vom Ministerpräsidenten Catoli in Pavia versprochenen Wahlreform auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts, daß alle Katholiken künftig an den Wahlen teilnehmen. Gerner befiehlt der Papst allen klerikalen Kandi-

daten die Annahme des Mandats, behufs Bildung einer päpstlichen Partei im Parlament. Da die Auflösung der Kammer nach Annahme des neuen Wahlgesetzes vorauszusehen ist, so begann der Papst sofort heut schon die Wahlvorbereitung. Er beauftragte die sogenannten "Petrus-Abvolaten", welche in den Prozessen gegen zweifelhafte Konstitution von Kirchengütern in ganz Italien gratis die Ansprüche des Papstes vertheidigen, unverzüglich die Wahlagitation einzuleiten, zu deren Basis die Kirchengüter-Konstitutionen benutzt werden sollen. Diese politische Aktion des Papstes erregt in ganz Italien ungeheure Aufsehen."

So das Telegramm des Correspondenten. Wir glauben gern, daß dieses Manöver der Kurie in Italien ebenso überraschend als aufregend wirken muß, denn man hatte sich allmälig an die Passivitätspolitik der Kurie in dieser Richtung so gewöhnt, daß dieselbe fast als ganz selbstverständlich und unveränderbar war.

Indem der Papst sich auf den parlamentarischen Boden stellt, um seine geglaubten Rechte und Ansprüche an den italienischen Staat zu vertheidigen, anerkennt er doch unwillkürlich die neugeschaffenen staatlichen Errichtungen. Es ist wohl kein Zweifel, daß die in Aussicht stehende italienische Centrumspartei in den parlamentarischen Beziehungen des jungen Königreichs schwere Umwälzungen hervorbringen wird. Immerhin aber werden sowohl die Italiener im Allgemeinen und die Anhänger des allgemeinen Stimmrechts im Besonderen es als einen großen Triumph verzeichnen, daß sich endlich der Papst dazu bequemt hat, vollzogene Thatsachen tückhaftlos anzuerkennen, sei es auch nur, um aus dieser Anerkennung persönliche Vorteile zu ziehen.

— Andeutungen aus Wien zufolge wäre in vertraulicher Weise dem Grafen Harry v. Arnim, welcher jetzt sein Zelt in Österreich aufgeschlagen, zu bedenken gegeben worden, daß er der österreichischen Regierung durch eine unzeitgemäße pubblistische Thätigkeit die Pflicht der Gastfreundschaft nicht erschweren möge. Es scheint danach, daß man in Wiener Regierungskreisen den oft bezeichneten Empfindlichkeiten des Fürsten Bismarck in Allem, was mit der Arnimfrage in Zusammenhang steht, in vollstem Maße Rechnung zu tragen Willens sei.

— Admiral Werner, welcher seinen Aufenthalt bekanntlich in Wiesbaden nimmt, hat von einem Londoner Verleger — wie man dem "Sprudel" von dort schreibt — den Antrag erhalten, eine "Geschichte der deutschen Marine" zu schreiben, die gleichzeitig in englischer, deutscher, französischer, italienischer und russischer Sprache erscheinen soll. Die Höhe des Honorars soll dem Ermessen des Admirals überlassen sein.

— Es ist jetzt wieder mehrfach von Revision der Gewerbeordnung die Rede. Wir weisen auf die Mittheilungen hin, welche vor einigen Monaten bereits von uns in dieser Richtung gemacht werden konnten. Danach lag es ja in dem Plane der Reichsregierung, gegen die sozialdemokratische Bewegung nicht nur an der Hand des Ausnahmegesetzes vorzugehen, sondern auch auf anderen Gebieten der Reichsgesetzgebung Mittel gegen das Überhandnehmen sozialdemokratischer Agitationen zu suchen und zu finden. Es ist richtig, daß man dabei auch an die Gewerbeordnung gedacht hat; allein man ist noch zu keinem bestimmten Abschluß gelangt und es scheint auch nicht, daß man zunächst über die Gewerbeordnungs-Novelle hinausgehen wird. Als ganz unrichtig wird uns bezeichnet, daß eine Abänderung des Freizügigkeitsgesetzes im Werke sei. Selbst die Novelle zum Unterstützungs-Wohnungsgebot scheint vorläufig noch auf sich warten zu lassen. Die preußische Regierung hatte im Bundesrathe auf eine möglichst schleunige Erledigung dieser Angelegenheit gedrungen, konnte eine solche indessen bei den übrigen Bundesstaaten nicht durchsetzen und es ist sehr fraglich, ob diese Angelegenheit schon in der nächsten Sessjon des Reichstages vorgelegt werden wird.

Richtig ist indessen, daß eine Anzahl von Bundesregierungen eine Revision der Gewerbeordnung im weiteren Umfange als wünschenswerth bezeichnet hat. Gerade diesem Verlangen gegenüber aber erklärte die preußische Regierung, daß man an der Hand des Gesetzes noch weitere Erfahrungen machen müsse, bevor man tiefer greifende Veränderungen vornehmen könne. In dieser Sachlage hat sich, wie wir mit Bestimmtheit erfahren, nichts geändert.

— Für den nächsten Reichstag wird bekanntlich ein Gesetz über den Schutz nützlicher Vögel vor-

breitet. Bekanntlich sind bereits wiederholte Versuche gemacht worden, diese Materie im Wege der Reichsgesetzgebung zu regeln und zwar, um damit den Anschluß an die bestehenden internationalen Verträge zwischen Österreich und Italien zu ermöglichen. Beide Regierungen hatten eine dahingehende Forderung schon vor längerer Zeit an die Reichsregierung gerichtet. Da nun auf dem Wege der Reichsgesetzgebung die Sache nicht gefordert werden konnte, so sollte, wie es scheint, der Landesgesetzgebung in den einzelnen Bundesstaaten überlassen bleiben, auf diesem Gebiete vorzugeben. Davon ist man aber wieder abgekommen, und es wird nun der im preußischen Ministerium ausgearbeitete Entwurf eines Reichsgesetzes als Auftrag an den Bundesrat gelangen.

— Bei den Verhandlungen über die Interpretation des Abg. Mosle im Reichstage wegen des Untergangs des "Großen Kurfürsten" hat sich die Abwesenheit fachmännischer Autoritäten auf dem Gebiete der Marine in den Reihen der Abgeordneten so fühlbar gemacht, daß jetzt vielseitig der Wunsch gegeben ist, dem eben aus der Marine ausgeschiedenen Admiral Werner bei der Berathung des Marinerats des deutschen Reiches — in der bestehenden Frühjahrsession des Reichstages — Gelegenheit zu geben, seine Stimme hören zu lassen. Die Realisirung dieses Wunsches scheint nunmehr nicht unmöglich zu sein. Allerdings ist augenblicklich kein Wahlkreis erledigt, aber es ist in Aussicht genommen, daß ein Abgeordneter sein Mandat niederlegen solle, um den Admiral Werner speziell für die Budgetberathung wählen zu können. Später würde derselbe wiederum zu Gunsten seines Vorgängers zurücktreten. Die Idee ist von dem Abgeordneten der "Deutschen Revue", in welcher bekanntlich der vielbesprochene Artikel über die Katastrophe erschien, Herrn Richard Fleischer in Dessau, in einem Briefe angeregt worden, den derselbe an den Vorsitzenden des nationalliberalen Wahlkomitees des ersten anhaltinischen Wahlkreises, Herrn Fleischer, gerichtet hat.

Der Abgeordnete des Kreises, Herr von Cuny, hat ein Eingehen auf den Vorschlag des Herrn Fleischer nicht abgelehnt, sondern seine Entscheidung nur von den Wünschen seiner Wähler abhängig gemacht, die nunmehr zu einer Versammlung in dieser Sache eingeladen worden sind. Admiral Werner hat sich bereit erklärt, ein Mandat für den oben angegebenen speziellen Zweck anzunehmen.

Im Anschluß hieran bemerken wir noch, daß das "Fremdenblatt" als den Verfasser des Artikels in der "Deutschen Revue" den seit längerer Zeit als Privatmann in Wiesbaden lebenden früheren Direktor der Hamburger Schiffsschule, Philipp Thaulow, Schuldirektor a. D., nennt. Der genannte ist lange Seeoffizier gewesen. Es bleibt indessen abzuwarten, ob nicht auch in diesem Falle ein Dementi der Enthüllung auf den Füßen folgen wird.

Aus Süddeutschland, 28. Oktober. (St. 3.) Wenn neulich die preußische "Prov. Corr.", deren Haltung in den letzten Monaten sehr vortheilhaft gegen die früher angeschlagene Tonart absticht, davon redet, daß weder Volksvertretung noch Reichsregierung das Sozialdemokratengesetz anders als ungern beobachten oder ausführen könnten, so wird dieser Wahrheit Niemand widersetzen wollen. Leider haben die sozialdemokratischen Führer und die Langmuth, welche man vielseitig bei ihrem Aufstehen bewiesen hat, es dahingebrocht, daß solche Gemeinnützige notwendig würden. Nachdem das Gesetz aber mit gutem Bedacht und den erreichbaren Beweisungsmitteln gegen Missbrauch erlassen worden ist, darf man an seiner Anwendung keinen Anstoß nehmen und mit wohlseiner Sentimentalität vor der Scheide der Waffe zurücktrecken, die man selber mit geschlossen hat. Selbstverständlich werden alle diejenigen, welche sich auf ihren Widerstand gegen die Erlassung des Gesetzes etwas zu Gute thun, die schlimmen Folgen desselben in der Anwendung möglichst schwarz färben, um ihren Unglücksprophetenruf so gut es gehen will aufrecht zu erhalten: aber diesem Beispiel darf Niemand folgen, der das Gesetz, wie die Dinge liegen, als eine Notwendigkeit erkennt. Wenn jetzt mit Energie der sozialdemokratischen Presse auf Grund der betreffenden Gesetzartikel entgegen getreten wird, so dient ein solches Vorgehen ersichtlich einem doppelten Zwecke. Die Erfahrung, welche viele tausende halbverführter, halb eingeschüchterter urtheilsloser Angehöriger der

unbedienten Klassen aus diesen Blättern ausgeführt erhalten haben, hört auf, und wenn den Leuten nicht mehr alle Tage das einönige Lied von ihrem Recht und dem schreienden Unrecht der Besitzenden vorgeleiert wird, kann, allerdings nur langsam und mit Mühe, für eine gesunde Ansicht Raum geschaffen werden. Ein Zweites von annähernd gleicher Wichtigkeit ist aber, daß diese Blätter größtentheils den Unterhalt der Agitatoren beitreten, wie schon daraus ersichtlich ist, daß die weitaus größte Anzahl der Hauptsführer als Redakteure und Geschäftsführer bei sozialdemokratischen Blättern thätig sind. Die Herren, welche Nadel und Hammer fortgeworfen haben, um als sozialdemokratische Weltverbesserer mit der Feder ins Feld zu rücken, werden schwerlich durch heimliche Sammlungen und Spenden von den Gesinnungsgenossen und dem weitaus zahlreicheren Anhang ohne eigene Überzeugung und Urtheil unterhalten werden, wie denn das obligatorische Halten der Partei- oder Vereinsblätter ein von den Agitatoren sehr gut ausgedachtes Mittel war, um aus dem Schweiße der wirklichen Arbeiter die Diäten und Reisegelder des schreienden Hauptquartiers zu expressen. Unter diesen Gesichtspunkten wird das Sozialdemokratengesetz bei loyaler Anwendung, welche sich deshalb die öffentliche Meinung zur Seite steht, viel wirksamer sein, als Manche meinen, wenn es an sich auch nur die Kraft des Volks brechen und die Wege der Heilung anbauen kann.

### Ausland.

Bern, 28. Oktober. Gestern hat in Zürich eine Referendum-Abstimmung über die Gotthard-Subvention und das Kantonal-Bankgesetz stattgefunden, die erstere ist mit 30,001 gegen 16,126 angenommen worden (bei der am 19. Mai d. J. erfolgten Abstimmung wurde die Subvention mit 26,440 gegen 22,198 abgelehnt), während das Bankgesetz mit 21,411 gegen 20,445 verworfen wurde.

Bei den gestrigen Neuwahlen zum Nationalrat haben die Konservativen und Ultramontane erhebliche Vorteile errungen. Im Kanton Bern erhielten, mit Ausnahme des Jura, die liberalen die Mehrheit; im Jura wurden sämmtliche ultramontanen Kandidaten gewählt. In Zürich wurden gewählt im ersten Wahlkreis die liberalen Kandidaten mit einer Mehrheit von 7538 Stimmen, im zweiten Wahlkreis 2 Liberale, 1 Demokrat, im dritten und vierten Wahlkreis die Demokraten, im ersten mit einem absoluten Mehr von 4930 und im letzten von 3564 Stimmen. In Luzern wurden gewählt 2 Liberale und 5 Ultramontane, in Uri 1 Ultramontaner, in Schwyz die beiden bisherigen Abgeordneten ohne Opposition wiedergewählt, in Obwalden siegte der liberale Kandidat über den ultramontanen, in Nidwalden der ultramontane Landammann Durrer wiedergewählt, Glarus wählte liberal, Zug konservativ. Freiburg bestätigte seinen bisherigen ultramontanen Vertreter, Solothurn wählte liberal, Basel-Stadt einen Liberalen und einen Konservativen, Basel-Land bestätigte seine bisherigen Liberalen Vertreter, ebenso Schaffhausen, das zum Ständerat 2 Liberale neu wählte, in Appenzell I. Rh. wurde der bisherige konservative Nationalrat wiedergewählt, St. Gallen: 4 Liberale 6 Konservative, aus Graubünden liegt das Resultat noch nicht vor. Aargau wählte seine bisherigen liberalen Vertreter zum Theil wieder, das Gesamtergebnis steht noch aus. Thurgau bestätigte seine bisherigen Abgeordneten. Tessin wählte 2 Liberale und 4 Ultramontane, die letzteren haben ein Mehr von 1500 Stimmen. In Neuenburg wurden sämmtlich radikale Kandidaten mit einem Mehr von 15,000 Stimmen gewählt. Waadt wählte 7 Demokraten, 1 Konservativen 1 Liberalen. Genf schied in den Nationalrat 2 Konservative und 2 Radikale, von denen einer, Professor Karl Vogt, 6604 Stimmen erhielt.

Paris, 30. Oktober. Aus Anlaß der großen Verirrung, welche die Folge des Ausfalls der Neuwahlen der Delegierten ist, haben die Konservativen des Senats beschlossen, die reaktionäre Majorität des Senats zu konföderieren. Sie gedenken für die drei valanten lebenslänglichen Sige in Vorschlag zu bringen: Cardinal Guibert, Marschall Cambronne und Exminister Daru.

Die Deputirten der Seehandelsplätze, welche mit Gambetta konföderiert, bestehen auf einer schulungsfreien Gesetzgebung bezüglich der die Handelslotte betreffenden Angelegenheiten. Gambetta versprach,

die Angelegenheit sofort nach der Budgetberathung vorzulegen.

Heute erscheint bei Calman Levy ein neues Buch des Herzogs von Broglie unter dem Titel: „Das Geheimniß des Königs.“ Es enthält die geheime Korrespondenz König Ludwig XV. mit seinen diplomatischen Agenten und wirft auch Streiflichter auf die Politik der Gegenwart.

London, 28. Oktober. Die Ausfassungen der russischen Blätter in Bezug auf Afghanistan sind nicht geeignet, die hiesige, im Stillen verbitterte Stimmung gegen Petersburg zu mildern. Wenn sie

frei eingestehen, daß die russische Diplomatie während des Krieges mit der Türkei darauf bedacht war, den Engländern an der Nordgrenze ihres indischen Reiches Verlegenheiten zu schaffen und dadurch von Russland die Gefahr einer kriegerischen englischen Einwirkung abzuwenden, so ist man hier zu Lande billig genug, zuzustehen, daß daran die russische Regierung kein Vorwurf zu machen sei. Unter gleichen Verhältnissen, so schreibt erst heute wieder die „Times“, hätten wir selber wahrscheinlich ein Gleichtes gehabt; es wehrt sich eben Jeder wie er kann. Anders verhält es sich mit dem gegenwärtigen Drängen vieler russischer Blätter, daß ihre Regierung mit Schir Alt gemeinsam gegen England vorgehen solle, wenn nicht als offener Bundesgenosse im Felde, so doch als stiller Geschäfts-Theilhaber durch Herleihen von Geld, Waffen, Schießbedarf und Offizieren. Damit freilich stehen wir auf einem anderen Punkte. Die Thatsache, daß selbst sonst gemäßigte russische Zeitungen eine solche Politik befürworten, verbunden mit den anderen, daß sie dies ohne Genehmigung der Preßbehörden niemehr thun dürfen, wirkt auf die bisherige und zukünftige Politik Russlands gegen England ein äußerst häßliches Bild. Bisher war der Gedanke, daß Russland bei seinen Kleinasiatischen Eroberungen das indisch-britische Reich als Endziel derselben im Auge habe, von russischer — und vielfach auch von englischer — Seite als eine Fabel bezeichnet worden, mit der sich höchstens unschuldige Kinder und ungelehrte Leute, aber nicht Kenner der Geographie Indiens schreden ließen.

Heute wird von Petersburg und Moskau aus in den Blättern eine ganz andere Sprache geführt. Wir dürfen es nicht dulden, so sagen sie, daß England in Afghanistan Fuß fasse. Gelänge ihm dies, dann wäre all das viele Blut, das wir in den Steppen Mittelasiens zum Opfer brachten, umsonst geslossen, dann wären wir um das Endziel unserer Strebungen betrogen, dann würde in ganz Asien England als die stärkere, Russland als die schwächer Macht angesehen werden. Dem entsprechend fordern, wie gesagt, einflußreiche russische Blätter ihre Regierung auf, mit Schir Alt gemeinsame Sache zu machen, und das mildeste, was sie verlangen, ist, daß, wofern England sich in den südlichen Pässen Afghanistans festsetze, Russland sich der nördlichen bemächtige. Wofern dahinter nicht bloße Drohung steht, dann wären wir in der That dem Zeitpunkte nicht fern, in dem der Kampf um die Hegemonie in Asien zwischen den beiden Großmächten entbrennen dürfte. Einstweilen stehen die am weitesten vorgeschobenen Vorposten Russlands allerdings noch an hundert deutsche Meilen von der afghanischen Grenze entfernt, und in Petersburg wird man sich zweimal bestimmen, ehe man den wirklichen Kampf mit England auf asiatischem Boden aufnimmt.

Der Keim zu ihm aber wird jetzt offenbar gelegt, und falls sich die Angabe bestätigt, daß jetzt schon russische Ingenieur-Offiziere dem Emir bei der Anlage von Befestigungen beistehen, daß Waffen und Schießbedarf von Russland aus nach Afghanistan unterwegs sind und daß das Petersburger Kriegsministerium ein russisch-afghanisches Wörterbuch zur Hebung der Sprachwissenschaft unter seinen Soldaten anfertigen läßt, so sind das jedenfalls Dinge von schlimmer Bedeutung für die Zukunft.

### Provinzielles.

Stettin, 31. Oktober. Von morgen ab werden in Demmin und Trepow a. L. direkte Billets 1., 2. und 3. Klasse nach den Stationen Straßburg u.-M., Pasewalk und Stettin der Berlin-Stettiner Bahn via Neubrandenburg ausgegeben.

Am 9. I. Mts. wird das auf der Maschinenbauanstalt „Vulkan“ erbaute Schwesterschiff der Korvetten „Sachsen“ und „Bavaria“ vom Stapel laufen.

Vom Ostseestrande, vom Rittergut Werder in Swinemünde, sendet der „Magd. Ztg.“ Herr Rittergutsbesitzer Brüning als Zeichen, daß auch im Norden die Vegetation in diesem Herbst eine ganz außerordentliche ist, blühende Erbien nebst reifen Früchten, blühenden Mohn nebst Mohnkopf und Kornblumen, die im dortigen Garten in ganz freier Lage in vielen Exemplaren auf's neue gewachsen sind.

In dem Geschäftslatal der Kaufleute Neumann und Rosenthal, Beulstrasse 19, brannten regelmäßig Abends vom Eintritt der Dunkelheit bis nach 8 Uhr 3 Gasflammen, welche keinerlei Mängel zeigten. Am 28. d. Mts., Abends, bemerkte man indessen, daß von der durch jene Flammen ausströmenden Hitze im Schausfenster liegende Sachen im Werthe von ca. 70 Mark verkohlt waren und haben die Besitzer jetzt dadurch ein Verbesserung der Beleuchtung herbeigeführt, daß sie eine Ableitung der sich während des Brennens der Flammen entzündenden Hitze haben herstellen lassen.

Am 24. d. Mts. hat ein an der Nitschelschen Baustelle liegender Kahnträger ein ziemlich großes weißes Schiffssboot geborgen, dessen Eigentümer bisher indessen nicht ermittelt worden ist.

Demmin, 29. Oktober. Der heute hier als sündhaft an zu lachen, zu lachen, daß ihm die gehaltene Biermarkt, der bedeutendste des Jahres, Thränen in die Augen kommen! Und als er wieder sehr besucht. Rindisch stand in sehr großer Worte und sagt er: „Also 10 Thaler hast Anzahl zum Verkauf, besonders waren sehr viele Du zugelegt? Hier nimm — nimm meinen herz-Sarken zur Stelle. Die besten Starken sollen mitlichen Dank! Nur behalte ich die Figuren noch 215 Mark bezahlt worden sein. Der höchste Preis einmal so gern!“

(Eine jugendliche Selbstmördlerin.) In der war das Geschäft jedoch nicht sehr lebhaft; es fehlten die Käufer. Pferde waren nicht mehr wie sonst ein 11jähriges Mädchen verhaftet, weil es die Börgegen und die Geschäfte wurden größtentheils unübergehenden anbetitelte. Man führte die Kleine nach unter den ziemlich zahlreichen vorhandenen kleinen Händlern abgeschlossen.

### Vermischtes.

Die bekannte Zeitschrift „Die Natur“ bringt in ihrer neuesten Nummer folgende Mitteilungen über die Diamantengräber: Hat man auf Borneo beim Graben die Überzeugung gewonnen, daß irgendwo Diamanten vorhanden sind, d. h. hat man in dem Gerölle einzelne kleine, abgerundete Quarzstücke von blaugrauer, schwärzlicher Farbe gefunden, welche das Volk Batu nennen nennt, so gräbt man weiter, denn dieser Stein wird eigentlich in Freiheit gesucht bin.“ Und in der That wurde das Kind, welches man an demselben Tage noch entließ, wenige Stunden nachher aus der Seine gezogen, in welche es sich gestürzt hatte. Wie entsetzlich öde und leer muß das Leben des armen Kindes gewesen sein, wenn es schon mit 11 Jahren dasselbe so leicht aufgeben konnte.

(Sprechend ähnlich.) Madame B. — ist eine der jungenfertigen Damen, welche in der Unterhaltung Niemandem ein Wort vergönnt. Eines Tages erhält sie den Besuch einer Freundin. „Meine Liebe“, sprach Madame B., „ich muß Ihnen doch mein Portrait zeigen, das vorher vollendet wurde; wie gefällt es Ihnen?“ „Sehr gelungen“, erwiderte die Gefragte; „es würde sprechen, wenn Sie es nur zu Worte kommen ließen.“

(Aus der Berliner Staatszeitung.) Das genannte amtliche Organ des himmlischen Reiches veröffentlicht die Zeitschrift eines chinesischen Gelehrten, in welcher derselbe nachweist, daß das „within redende Rohr“ (Telephon) schon 962 n. Chr. bekannt war und von einem Bewohner Perlings erfunden wurde.

(Bergstete Kugeln.) Die „Preßb. Ztg.“ erzählt eine ergreifende Geschichte von zwei Brüdern, Namens Verbie, die beide von der Mobilisierungs-Orde betroffen wurden und mit dem Regiment Zilliac nach dem Kriegshauplatz zogen. Sie

zwei beim Abschiede den Eltern, daß einer den Andern überwachen wolle. Bei Bihac wurden Beide in den Arm geschossen und in das Feldlazarett gebracht. Jacob, der Ältere, war besonders schwach. Es war merkwürdig, daß eine leichte Verwundung am Arme so schwere Folgen herbeiführte. Die Ärzte schüttelten den Kopf; bei dieser Verwundung waren alle als wirksam anerkannten Mittel unnütz. Eine Blutergötzung zerfegte langsam, aber mit entsetzlicher Konsequenz alle Gelenke, dazu kam unglücklicherweise eine Lungentzündung. Jan, der Jüngere, war leicht verwundet und fand Zeit, seinem Bruder hilfreich zu sein. Beide wurden nach Pressburg gebracht. Alles, was die Wissenschaft an Hilfsmitteln bietet, wurde hier versucht, doch Jacob Verbie's Lebenskräfte schwanden trotz Allem zu seines Bruders. Man zog die Angel aus der Wunde. Und diese Angel, sie gab Zeugnis von einem Barbarismus, der nur mehr unter Indianern und Negern eine Heimstätte hat. Es kam, nachdem die Angel untersucht wurde, klar zu Tage, daß Jacob Verbie in Folge einer Bergstete starb. Am späten Ende der Angel ist nämlich das Blei zerstört und sind dortselbst hölzerne Stifte, die Gift enthalten, eingetrieben.

Kürzlich war in einem Cincinnatier Blatte zu lesen: Der Unterzeichner, ein junger Mann bei guter Gesundheit, welcher nicht im Stande ist, eine andere Beschäftigung zu erlangen, deren Etrag ausreicht, ihn auf ehrlich Weise zu ernähren, benachrichtigt hiermit P. offiziell der Medizin und Chirurgie, daß er bereit sei, sich irgend welchen versuchswise vorzunehmenden Operationen gegen gehörige Bergübung zu unterziehen. Man adressire: „Vivisector.“ Ein neuer, aber etwas dornenvoller Industriezweig.

Literarisches.

Christophorus, der Stetsfuß. Kalender für 1879. Preis 50 Pf. Der Kalender ist ein christlich-patriotischer Kalender, den wir unsern Lesern wohl empfehlen können.

Die Verlagshandlung der Gebr. Gerstmann in Berlin ist mit der Herausgabe eines Brachtwerkes beschäftigt: „Goethe's Reineke Fuchs.“ Die lieferungsweise Ausgabe hat bereits begonnen und liegen uns die ersten Nummern vor. Goethe's Reineke Fuchs mit Zeichnungen von dem berühmten Thiermaler Heinrich Leutemann stellt sich als ein Werk von hohem Kunstsinn, in 37 Stahlstichen in vollendetester Weise ausgeführt, im Formate gr. 4° dar. Durch die überaus reiche Fülle von geistreichen Schwänken und launigen Verwicklungen, aus welchen die feine Satire durchblitzt, ist das Werk epochenmachend in der Weltliteratur. Wie sein charakteristisch ist die tödlich Figur des „Reineke Fuchs“, als Held der Dichtung gezeichnet, nicht minder durchgeführt die übrigen Thiergestalten: „Herr Grimm, der Wolf, Braun, der Bär, Lampe, der Hase und vor Allem der mächtige Herrscher König Nobel, der Löwe. Trotz der kostspieligen Ausstattung ist für die neu erscheinende Brachtausgabe der Preis des Heftes auf nur 1 Mark gestellt. Das Werk ist in 18 Heften, die halbmonatlich ausgegeben werden, vollständig und durch jede Buchhandlung zu beziehen.

### Telegraphische Depeschen.

Breslau, 30. Oktober. Wie der „Schlesischen Presse“ aus Guhrau gemeldet wird, ist der Wirk. Geh. Rath v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Mitglied des Herrenhauses und Kronsyndikus, zu Nicker-Schüttlau heute Vormittag gestorben.

Hamburg, 30. Oktober. Die Embleme des Zimmerer- und Tischlergewerbevereins sind heute konfisziert, auch die Schriften und Bücher des Zimmergewerbevereins sind mit Beschlag belegt worden.

München, 30. Oktober. Die Kreisregierung hat die polizeiliche Beschlagnahme der gestrigen Nummer des sozialistischen Blattes „Der Zeitgeist“ bestätigt, diese Nummer verboten und zugleich das Verbot auf das fernere Erscheinen dieses Blattes erstreckt.

Wien, 30. Oktober. In der heutigen Sitzung des Budget-Ausschusses gelangte die Vorlage der Regierung betreffend die Bewilligung eines Kredits von 25 Millionen zur Berathung. Der Referent Gisela beantragte, gegenwärtig in die Berathung der Vorlage nicht einzutreten, sondern die Regierung aufzufordern, ungesäumt den Berliner Vertrag zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen. Der Abg. Heilsberg stellte ein Amendment zum Texte des Berichts des Inhalts, daß der Berliner Vertrag vor der Ausführung des darin Österreich übertragenen Mandates der Reichsvertretung unbedingt zur Genehmigung vorzulegen gewesen wäre. Der Abg. Sturm erblickte in der Verabsiedigung der 25 Millionen eine Verleugnung der Verfassung, der Abg. Demel empfahl den Antrag Giselas, der Abg. Oppenheimer sprach sich dahin aus, daß er zwischen der Delegation und dem Reichsrath keinen Streit über eine Finanzfrage herbeigeführt sehen möchte. Der Finanzminister v. Preiss wies darauf hin, daß er die Arme im Felde nicht habe Noth leiden lassen können. Die auswärtige Frage wolle er nicht erörtern, weil der Minister des Auswärtigen dies als sein Recht an geeigneter Stelle reklamierte; die Rechtfertigung der Auslagen für die Okkupation ergeben sich aber aus dem Wortlaute des von den Delegationen und vom Reichsrath gefassten Beschlusses im Falle der Notwendigkeit. Dies sei der Standpunkt der Regierung gewesen, wobei dieselbe den Friedensgedanken festgehalten habe, so lange die Ehre intakt bleibe und der Schutz der österreichischen Interessen solches gestattete. Er habe den militärischen Maßregeln zugestimmt in der Tendenz, größeren Konfliktionen vorzubeugen, und weil in Berlin die Okkupation für notwendig erkannt worden sei. Die Regierung habe früher 60 Millionen für ausreichend erachtet, eine Überschreitung dieser Summe sei in dem Momente unvermeidlich geworden, wo die Ehre der exponierten Armee hatte kompromittiert werden können und wo es gegolten habe, dafür zu sorgen, daß das begonnene Werk wirklich vollendet werde. Er habe die gegenwärtige Überschreitung zugelassen, weil er das geringere Uebel ab wählen wollte. Selbstverständlich müsse die Erörterung der auswärtigen Frage in den Delegationen vorausgehen, bevor zu dem geforderten Nachtragskredit die endgültige Zustimmung ertheilt werde. Die Einberufung des Reichsrathes und der Delegationen sei zu der Zeit, wo die Überschreitung des Kredits stattgefunden, unmöglich gewesen. Er übernehme die Hauptverantwortung für Alles, was er gethan habe. Der Berliner Vertrag enthalte eine Anzahl von Bestimmungen, wobei die Kompetenz des Reichsrathes nicht eintrete, nur die Einverleibung von Spizia sei in diese Kompetenz gehörig und die beugliche Vorlage werde erfolgen. Ob die Okkupation notwendig gewesen sei Sache der Aufsicht, in dieser Richtung sei der Berliner Vertrag aber Gegenstand der Verhandlung in den Delegationen. — Bei der Abstimmung wurde das Amendment des Abg. Heilsberg und der Antrag Giselas angenommen.

Wien, 30. Oktober. Die „Pol. Correspond.“ veröffentlicht folgende Meldungen:

Neue bei der Pforte eingelangte Berichte melden, daß mehrere leistungsfähige Punkte im Distrikte Kosai von 500 bulgarischen Insurgenten angegriffen, daß die letzteren jedoch nach neunstündigem Kampfe von den türkischen Truppen zurückgeworfen wurden.

Aus Athen von heute: Zu der Niederlage, welche das Ministerium in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer erlitt, hat der von der Opposition eingebrachte Antrag Veranlassung gegeben, daß die Kammer sich zwar für die Rüstungen, aber gegen die Eindruckung der Reserve aussprechen möge. Dieser Antrag wurde mit 80 gegen 70 Stimmen angenommen. Die in Folge dessen eingetretene Kabinettkrise dürfte allem Anschein nach indes nur eine vorübergehende sein und mit der Konstituierung des Ministeriums Commanduros endigen.

London, 30. Oktober. Der Ministerrath hat heute in Downing-Street stattgefunden. An denselben nahmen alle Minister mit Ausnahme der Kolonial-, der Marine und des Krieges Theil. Lord Beaconsfield war, obwohl er leidend ist, zu dem Ministerrath von seinem Landsitz nach London gekommen.

London, 30. Oktober. Es wird mit Bestimmtheit behauptet, daß schon bei der ersten Quoitie, die eben von den Liquidatoren der City Bank of Glasgow aufgefordert worden, ca. 300 Aktionäre nicht volle Zahlung werden leisten können. Von den 360 weiblichen Aktionären, die im Durchschnitt jede 1440 £ nachzuholen haben, dürften 25 p.c. die Summe nicht leisten können.

Manchester, 30. Oktober. Die Handelskammer hat eine Kommission ernannt, welche sich mit der Frage beschäftigen soll, ob und inwiefern der Regierung an den gegenwärtigen Kalamitäten eine Schuld beigebracht werden kann. Wie amtlich konstatiert worden, haben seit dem 24. September 102 englische und 72 schottische Firmen falliert, 29 Firmen ihre Zahlungseinrichtungen wieder zurückgezogen und 1215 liquidiert.